



Liebe Leser*innen,

das MediNetz Bielefeld besteht seit 10 Jahren - (k)ein Grund zum Feiern?!?

Wir blicken dankbar zurück auf 10 Jahre gute Zusammenarbeit mit vielen Ärzt*innen, Hebammen u.a. in Bielefeld & OWL sowie tolle Unterstützung durch Spender*innen und diverse Organisationen. Wir blicken zugleich empört auf die unverändert prekäre Situation von Geflüchteten und Migrant*innen, die teilweise keinen oder einen nur erschwerten Zugang zur Gesundheitsversorgung haben.

Und wir blicken ermutigt voraus auf die weitere Vernetzung von und mit Geflüchteten – wie bei „Welcome United“ – und vielen anderen politischen Akteur*innen und Initiativen.

In Bielefeld treten wir weiterhin entschieden für eine medizinische Clearingstelle ein. Auf Bundesebene haben wir mit 30 anderen Organisationen erfolgreich dafür gesorgt, dass wichtige Aspekte zum Recht auf Gesundheit von Unionsbürger*innen, Asylsuchenden und Menschen ohne Papiere beim UN-Fachausschuss eingereicht wurden.

In diesem Sinne wünschen wir Ihnen ein gutes, Mut machendes Weihnachtsfest und Neues Jahr!

Ihr MediNetz-Team.

Ungeklärt ist die medizinische Versorgung von

- »» Menschen ohne Papiere
- »» Menschen im Kirchenasyl
- »» Menschen in Abschiebehaft
- »» Menschen mit Anspruch nach Asylbewerberleistungsgesetz ohne ausreichende oder bewilligte medizinische Versorgung durch das Sozialamt
- »» Menschen aus EU-Mitgliedsstaaten ohne Krankenversicherungsschutz in Deutschland
- »» Menschen mit Visum ohne Krankenversicherungsschutz in Deutschland
- »» Menschen mit EU-Aufenthaltstitel ohne Krankenversicherungsschutz in Deutschland
- »» Menschen mit aufenthaltsrechtlich benötigten ärztlichen Stellungnahmen

Lösungsansätze

- »» Anonymisierter Krankenschein
- »» Humanitäre Sprechstunden
- »» Clearingstellen
- »» elektronische Gesundheitskarte
- »» Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes

Fallbeispiel

Menschen ohne Papiere

Ein Ehepaar aus dem Irak ist von dort geflohen. Die Frau ist schwanger. Da die Ehe nur religiös geschlossen wurde, wird sie in Deutschland nicht anerkannt. Daher darf die Frau nicht bei ihrem Mann in OWL leben; stattdessen wird sie alleine einer Flüchtlingsunterkunft in Ostdeutschland zugewiesen.

Schließlich droht ihr die Abschiebung – zunächst in ein anderes EU-Land. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge streicht ihr sämtliche Gelder, ebenso die medizinischen Leistungen nach Asylbewerberleistungsgesetz!

Unter diesem massiven Druck reist die Frau zu ihrem Mann; sie gilt nun als „illegal“. Sie erleidet eine Fehlgeburt. Auf offiziellem Wege kann sie keine ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen. Für die Behandlungskosten kommt kein Amt auf.

Das Paar wendet sich verzweifelt an das MediNetz. Dieses vermittelt sie zunächst an eine Klinik und danach an eine gynäkologische Praxis und übernimmt die anfallenden Kosten.

Menschen ohne Papiere

Dieses Thema bezieht sich überwiegend auf Menschen ohne Aufenthaltsgenehmigung in Deutschland. Verschärft hat sich die Situation dadurch, dass sich die deutsche Bundesregierung verstärkt bemüht, die Zahl der so genannten unsicheren Herkunftsländer möglichst klein zu halten¹ – um maximal viele Asylanträge grundsätzlich abzulehnen.

Trotz solcher offiziellen Deklarationen als „sicher“ ist für viele Betroffene eine Rückkehr in „ihr Land“ unmöglich und ihre individuelle Lagebewertung eine ganz andere. Dies treibt zahlreiche Menschen in die aufenthaltsrechtliche Illegalität – betroffen sind besonders Menschen aus Afghanistan und verschiedenen Staaten Nord- und Zentralafrikas.

Hinzu kommen persönliche Bedrohungen, die offiziell meist nicht anerkannt sind. Ein Beispiel ist die aggressive Nichtakzeptanz in zahlreichen Staaten für transgender- und intersexuelle Menschen. Auch gibt es Personen, die in ihrem Land aus der Ferne in nur schwer nachvollziehbare Clan-Auseinandersetzungen verwickelt sind, die ihnen eine Rückkehr unmöglich machen.

Eine zusätzliche Gruppe von Menschen, die „eigentlich nicht in Deutschland sein sollten“, die aber hier erkranken oder Schwangerschaften austragen, sind Menschen mit einem Aufenthaltstitel in anderen EU-Ländern. Hier liegen zumeist familiäre Bindungen an Menschen in Deutschland vor, wodurch der Aufenthalt im zugewiesenen Aufnahmeland den Regeln zuwider abgebrochen wurde. Für alle diese Menschen ist derzeit ein Notruf an das MediNetz oft die einzige und letzte Möglichkeit, dringend notwendige medizinische Versorgung in Anspruch nehmen zu können.

¹ Es wurde aktuell ja sogar erwogen, selbst nach Syrien wieder abzuschicken (zunächst noch einmal per Innenministerbeschluss vom 30.11.18 bis Mitte 2019 ausgesetzt).

Über unsere Arbeit

Leider schließt unser Gesundheitssystem Menschen aus, illegalisiert manche Geflüchtete, ignoriert „Papierlose“. Mehr Menschen als wir denken leben ohne Krankenversicherungsschutz und haben keinen normalen Zugang zum Gesundheitssystem.

Es gibt kranke Menschen, die ohne unsere Vermittlung und ohne die Hilfe der oft unentgeltlich arbeitenden Ärzt*innen und medizinischen Dienstleister unversorgt blieben. Telefonisch nehmen wir ihre Anfragen entgegen und vermitteln ärztliche Termine. Dazu arbeiten wir mit Ärzt*innen, Praxen, Krankenhäusern, Apotheken, Privatpersonen und weiteren Akteur*innen zusammen. So gibt es bspw. langfristige, gute Kontakte mit dem Ökumenischen Netzwerk zum Schutz von Flüchtlingen Bielefeld, mit dem Sozialpfarramt, mit Streetmed (einer medizinischen Anlaufstelle von Bethel für Obdachlose) und zahlreichen anderen sozialen Einrichtungen.

Anfallende Kosten finanzieren wir über Spenden.

Darüber hinaus engagieren wir uns lokalpolitisch und setzen uns beispielsweise für die frühzeitige Einführung einer Krankenversicherungskarte für Geflüchtete ein. Auch auf bundesweiter Ebene bestehen aktive Netzwerkstrukturen, in zahlreichen großen Städten sind ähnliche MediBüros oder MediNetze vertreten. Mit ihnen stehen wir in engem Kontakt und Austausch. Gemeinsames Ziel ist ein ungehinderter Zugang zu bedarfsgerechter medizinischer Versorgung für alle Menschen. Dies ist ein universelles Menschenrecht, das auch von Deutschland in diversen Abkommen unterzeichnet wurde.

Unsere Spendenkontodaten lauten:

AK Asyl e.V.

Stichwort: „Medi-Hilfe“

IBAN: DE 96430609674037753100

BIC: GENODEM1GLS

GLS Gemeinschaftsbank eG

MediNetz Bielefeld



Medizinische Flüchtlingshilfe für
Menschen ohne Krankenversicherungsschutz

MediNetz
Bielefeld

c/o AK Asyl.e.V.
Friedenstr. 4-8
33602 Bielefeld

Tel.
0521-546515-11

Fax
0521-546515-99

e-Mail
info@medinetz-bielefeld.de